

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0261/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Integrationsbüro am Limit - Stellen endlich besetzen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die unbesetzten Stellen im Integrationsbüro umgehend zu besetzen. Im Vorfeld sollen die Stellenbewertungen und Stellenprofile angepasst werden, mit dem Ziel attraktivere Stellen durch die Anhebung von Gehalts- bzw. Besoldungsstufen zu schaffen.

Der BVV ist bis zum 30.11.2022 zu berichten.

Begründung

Im Integrationsbüro sind aktuell nur 2,5 von 8 Stellen besetzt. Neben einem gesetzlich vorgeschriebenen Integrationsbeauftragten haben auch zahlreiche Mitarbeiter:innen das Büro verlassen, bzw. fallen zeitweise aus. Eine umfassende Betreuung der Träger, eine Vertretung des Bezirks in den zahlreichen Gremien der Stadt und die Betreuung der weiterhin hohen Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Staaten kann so nicht gewährleistet werden.

Erst im Januar 2023 solle die Stelle der:des Integrationsbeauftragten nachbesetzt werden, der Zeitpunkt für die anderen vakanten Stellen ist unklar. Angesichts der anstehenden Herausforderungen mit der Vielzahl an bereits hier lebenden, aber auch der zahlreichen täglich neuankommenden Geflüchteten aus der Ukraine und anderen Staaten wie Syrien oder Afghanistan ist diese Situation nicht hinzunehmen, die Stellen müssen unverzüglich besetzt werden. Die Anzahl der bei uns ankommenden Menschen wird auf Grund von Krieg, Klimakatastrophe und Hunger in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Sie alle haben ein Recht auf Unterstützung beim Ankommen in unserem Bezirk!

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0145/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen – Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien

Das Bezirksamt wird beauftragt, in den Bezirkshaushalt 2023/24 hinreichende Mittel für die Beauftragung von Gebärdensprachdolmetscher:innen für alle per Livestream übertragenen BVV-Sitzungen (vgl. Drucksache 2021/5), Sitzungen des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Sitzungen der Senior:innen-Bezirksversammlung bereitzustellen. Die vertragliche Regelung soll dabei so gestaltet werden, dass das Bezirksamt einen Vertrag mit Anbieter:innen abschließt, der alle genannten Sitzungstermine abdeckt, so dass nicht für jede einzelne Sitzung separate Aufträge erteilt und Angebote eingeholt werden müssen.

Eine Fortführung und Verstetigung des Angebots in nachfolgenden Bezirkshaushalten ist zu gewährleisten.

Der BVV ist zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Teilhabe an kommunalpolitischen Entscheidungen muss allen Bürger:innen gewährleistet sein, doch bisher sind taube, schwerhörige oder ertaubte Menschen im Bezirk davon ausgeschlossen. Als Träger öffentlicher Belange sind die Bezirksämter gemäß UN-Behindertenkonvention (Artikel 9) dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt einschließlich Information und Kommunikation sicher zu stellen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland unmittelbar geltendes Recht. Mit der Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschung für die Sitzungen der BVV, des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Senior:innen-Bezirksversammlung setzt das Bezirksamt dieses Recht auf Teilhabe endlich um.